

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungsverzeichnis	III
1 Problemstellung	1
2 Darstellung des Urteils	3
2.1 Sachverhalt	3
2.2 Strittige Rechtsfragen und Erwägungen des FG und des BFH	4
3 Beteiligung als notwendiges Sonderbetriebsvermögen	7
3.1 Der Begriff und die Rechtsfolgen einer Zuordnung der Beteiligung zum Betriebsvermögen nach dem EStG	7
3.2 Legitimation des Sonderbetriebsvermögen II	11
3.3 Kriterien der ständigen Rechtsprechung zur Abgrenzung des aktiven Sonderbetriebsvermögens II	13
3.3.1 Grundsätze der Rechtssprechung	13
3.3.2 Das Veranlassungsprinzip	15
3.3.3 Stärkung der Beteiligung	16
3.3.3.1 Vorteilhaftigkeit der Beteiligung für die Personengesellschaft	16
3.3.3.2 Dienende Funktion der Beteiligung	17
3.3.3.3 Vorliegen enger wirtschaftlichen Verflechtungen	19
4 Abkommensrechtliche Behandlung von Veräußerungsgewinnen aus Beteiligung an Kapitalgesellschaften	21
4.1 Anwendung des DBA bei drohender Doppelbesteuerung nach nationalem Recht	21
4.2 Einschlägige Bestimmungen für die Zuordnung des Besteuerungsrechts	23
4.3 Abkommensrechtliche Zuordnung der Beteiligung zum Vermögen einer Betriebsstätte	26
4.3.1 Abkommensrechtlicher Begriff des Betriebsvermögens einer Betriebsstätte	26
4.3.2 Tatsächliche Zugehörigkeit zur Betriebsstätte	28
4.3.3 Neuausrichtung des BFH bei der Bestimmung der abkommensrechtlichen Einkunftszuordnung zu Betriebsstätten	31
5 Besteuerung von Veräußerungsgewinnen aus beweglichem Vermögen bei unbeschränkt Steuerpflichtigen nach schweizerischem Nationalrecht	37
6 Thesenförmige Zusammenfassung	41
Literaturverzeichnis	VII